

SATZUNG

in der Fassung vom 27.09.2023

§ 1

Name und Sitz

(1) Der Verein führt den Namen

Deutsche Gesellschaft für Agrarrecht Vereinigung für Agrar- und Umweltrecht e.V.

Sein Sitz ist Frankfurt am Main.

(2) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zweck

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

(2) Zweck des Vereins ist die Pflege und Förderung der Entwicklung des Agrarrechts einschließlich des Rechts der Agrarmärkte, des ländlichen Raumes und des Agrarumweltrechts im deutschen und internationalen Bereich. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen sowie durch Förderung und Begleitung von Forschungsvorhaben. Zu diesem Zweck wird er insbesondere

1. die in der Bundesrepublik Deutschland am Agrarrecht interessierten Personen zusammenfassen und deren fachlichen und persönlichen Austausch untereinander ermöglichen und fördern
2. das öffentliche Interesse am Agrarrecht wecken und pflegen,
3. wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet des Agrarrechts anregen und fördern,
4. die gesetzgebenden Organe und Behörden in Angelegenheiten des Agrarrechts beraten,
5. mit Organisationen gleicher oder ähnlicher Zweckrichtungen zusammenarbeiten.

Der Verein kann internationalen Organisationen mit gleichem oder ähnlichem Zweck als Mitglied beitreten. Der Verein wird im Comité Européen de Droit Rural (CEDR) die

wissenschaftlichen Kontakte zu Agrarjuristen in anderen Ländern mit dem Ziel der Rechtsvergleichung und einer Harmonisierung der Rechtsordnungen ausweiten und pflegen.

(3) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(4) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins keinerlei Zahlungen oder Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

(5) Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3

Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Mitglied kann jede natürliche oder juristische Person werden, die am Agrarrecht interessiert ist.

(2) Wer Mitglied werden will, hat dies schriftlich oder in Textform bei dem Verein zu beantragen. Mit dem Antrag erkennt der Bewerber für den Fall seiner Aufnahme die Satzung an. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht.

(3) Über den Antrag entscheidet der/die Präsident/in. Die Entscheidung ist dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen, sie bedarf keiner Begründung. Hat der/die Präsident/in den Antrag abgelehnt, so kann der Antragsteller schriftlich verlangen, dass der Vorstand entscheidet; auch diese Entscheidung ist dem Antragsteller ohne Begründung schriftlich mitzuteilen.

§ 4

Ehrenmitglieder

Die Ehrenmitglieder der früheren Vereinigung für Agrar- und Umweltrecht in Europa e.V. (VAUR) sind Ehrenmitglieder des Vereins.

§ 5

Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Tod oder Ausschluss.

(2) Der Austritt ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres zulässig und muss unter Einhaltung einer Frist von mindestens 3 Monaten schriftlich erklärt werden.

(3) Der Ausschluss eines Mitgliedes ist zulässig, wenn es seine Pflichten gegenüber dem Verein gröblich verletzt oder sich unehrenhaft verhält. Eine gröbliche Pflichtverletzung liegt stets vor, wenn ein Mitglied mit der Zahlung von zwei Jahresbeiträgen im Verzuge ist. Über den Ausschluss beschließt der Vorstand; er hat vor seiner Entscheidung dem Mitglied Gelegenheit zu geben, sich zu den Ausschlussgründen zu äußern. Der Beschluss ist dem Mitglied schriftlich bekannt zu geben, mit der Bekanntgabe wird der Beschluss wirksam.

§ 6

Organe und Ausschüsse

(1) Organe des Vereins sind

1. der Vorstand,
2. die Mitgliederversammlung.

(2) Zur vorbereitenden Bearbeitung der Aufgaben des Vereins kann der Vorstand Ausschüsse einsetzen. Insbesondere sollen Ausschüsse zum Zwecke der wissenschaftlichen Bearbeitung und Vertiefung einzelner Themenbereiche des Agrar- und Umweltrechtes gebildet werden. Verantwortlich für die Arbeit der Ausschüsse soll ein/e vom Vorstand zu benennende/r Ausschussvorsitzende/r sein. Dieser entscheidet über die Ausschussthemen und die Art und Weise der Ausschussarbeit. Jedes Mitglied kann sich an der Ausschussarbeit beteiligen. Es soll mindestens einmal jährlich eine Vorstandssitzung unter Beteiligung aller Ausschussvorsitzenden stattfinden.

(3) Jeder Vorstand hat für seine Amtszeit ein Kuratorium zu bilden, das überwiegend aus Vertretern korporativer Mitglieder bestehen soll. Vorsitzende/r des Kuratoriums soll der/die Vertreter/in eines korporativen Mitgliedes sein; er wird von den Mitgliedern des Kuratoriums gewählt und gehört dem Vorstand an. Das Kuratorium hat diejenigen Vereinsangelegenheiten

zu beraten, die der Vorstand ihm vorlegt. Es hat das Recht, der Mitgliederversammlung die Höhe des Beitrages für korporative Mitglieder vorzuschlagen.

Die Sitzungen des Kuratoriums beruft der/die Präsident/in im Benehmen mit dem Vorsitzenden des Kuratoriums oder auf dessen Wunsch ein. Die Vorstandsmitglieder können an den Sitzungen ohne Stimmrecht teilnehmen und sind zu ihnen einzuladen. Das Kuratorium kann sich eine Geschäftsordnung geben, die der Genehmigung durch den Vorstand bedarf.

§ 7

Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus

- dem/der Präsident/in,
- dem/der Vizepräsident/in,
- dem/der Schatzmeister/in,
- dem/der Schriftführer/in und
- unter Einschluss des/der Vorsitzenden des Kuratoriums aus höchstens 11 weiteren Mitgliedern.

(2) Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der/die Präsident/in, der/die Vizepräsident/in, der/die Schatzmeister/in und der/die Schriftführer/in. Vertreten wird der Verein durch den/die Präsidenten/in und im Falle seiner Verhinderung, die nicht nachgewiesen zu werden braucht, durch den/die Vizepräsidenten/in, den/die Schatzmeister/in oder den/die Schriftführer/in. Sie sind jeweils alleinvertretungsberechtigt.

(3) Der Vorstand amtiert bis zur Wahl des neuen Vorstandes.

(4) Verschiedene Vorstandsämter können nicht in einer Person vereinigt werden.

(5) Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben.

(6) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB erlässt für den Verein eine Datenschutzgeschäftsordnung.

§ 7a

Wahl des Vorstandes

(1) Der Vorstand wird mit Ausnahme des/der Vorsitzenden des Kuratoriums durch die Mitgliederversammlung auf jeweils für drei Jahre, ab der Wahlperiode 2024 jeweils für vier Jahre gewählt. Mehrfache Wiederwahl ist möglich.

(2) Wahlvorschläge der Mitglieder sind der Geschäftsstelle bis spätestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung, in der die Wahl stattfinden soll, schriftlich oder in elektronischer Form zu übermitteln. Maßgeblich ist der Zeitpunkt des Zugangs. Verspätet oder unter Verstoß gegen die Formvorschriften zugegangene Wahlvorschläge werden nicht berücksichtigt.

(3) In einem ersten Wahlverfahren ist der gesamte Vorstand mit Ausnahme des/der Vorsitzenden des Kuratoriums zu wählen. Zusammengefasste Wahl, nicht jedoch Blockwahl, ist möglich. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, sofern die Stimmengleichheit die Kandidaten mit den geringsten Stimmanteilen betrifft und mehr Kandidaten als Vorstandsplätze zur Wahl standen.

(4) Aus den Reihen des so gewählten Vorstandes wird in einem zweiten Verfahren der Vorstand gem. § 26 BGB durch Einzelwahl gewählt. Gewählt werden die Funktionen in der Reihenfolge, wie sie in § 7 Abs. 1 aufgeführt sind. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Ein Bewerber, der sich um eine Funktion beworben hat, aber nicht gewählt wird, kann sich für eine andere Funktion wieder zur Wahl stellen.

(5) Die Wahlen werden durch eine/n Wahlleiter/in, der/die von der Mitgliederversammlung zu bestimmen ist und nicht den Bewerben um die Vorstandsmitgliedschaft angehören darf geleitet. Die Wahlen erfolgen geheim und ohne Aussprache.

§ 8

Vorstandsbeschlüsse

(1) Der Vorstand beschließt grundsätzlich in Sitzungen, die von dem/der Präsidenten/in oder dem/der Vizepräsident/in einberufen wurden. Vorstandssitzungen finden mindestens einmal jährlich statt.

(2) Abweichend zu Absatz 1 können Beschlüsse des Vorstandes auch im Umlaufverfahren per Brief, Telefax, Email oder sonstiger elektronischer Form erfolgen, soweit kein Mitglied des Vorstandes einer solchen Beschlussfassung widerspricht.

(3) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Der zu Sitzungen zusammengetretene Vorstand ist nur beschlussfähig, wenn außer dem/der Präsidenten/in oder Vizepräsidenten/in wenigstens zwei weitere Mitglieder anwesend sind.

(4) Über die Beschlüsse des Vorstandes ist eine Niederschrift anzufertigen, diese muss enthalten Ort und Zeit der Sitzung, Namen der Teilnehmer (Anwesenheitsliste), Tagesordnung, Ergebnis der Abstimmungen und Inhalt der Beschlüsse.

§ 9

Präsident/in

(1) Dem/der Präsidenten/in obliegt außer den ihm sonst durch diese Satzung zugewiesenen Aufgaben

1. die Vorbereitung und Herbeiführung von Vorstandsbeschlüssen; er hat mindestens einmal jährlich eine Vorstandssitzung einzuberufen und zu leiten;
2. die Einberufung und Leitung von Mitgliederversammlungen;
3. die Erstattung des Jahresberichts auf der ordentlichen Mitgliederversammlung;
4. die Gegenzeichnung der Protokolle über Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen.

(2) Die Einberufung von Vorstandssitzungen, Kuratoriumssitzungen und Mitgliederversammlungen hat unter Wahrung einer angemessenen Frist schriftlich und mit Angabe der Tagesordnung zu erfolgen.

§ 10

Schriftführer/in, Schatzmeister/in

(1) Dem/der Schriftführer/in obliegt die Führung der Mitgliederliste sowie die Protokollierung der Vorstandssitzungen, der außerhalb von Vorstandssitzungen gefassten Beschlüsse und der

Mitgliederversammlungen; er hat eine Abschrift der Protokolle unverzüglich den Vorstandsmitgliedern zuzusenden.

(2) Ist der/die Schriftführer/in an der Wahrnehmung seiner Aufgaben verhindert, so wird er durch den/die Präsidenten/in oder von einem von diesem bestimmten Vorstandsmitglied vertreten.

(3) Der/die Schatzmeister/in ist für die Einziehung der Beiträge, das Rechnungswesen und die Erstattung des Rechnungsberichtes zuständig.

§ 11

Mitgliederversammlung

(1) Einmal jährlich findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn der Vorstand dies beschließt oder wenn es von einem Viertel der Mitglieder schriftlich unter Angabe eines Grundes gefordert wird.

(2) Der Mitgliederversammlung ist vorbehalten

1. die Entgegennahme des Jahresberichts, des Rechnungsberichts und des Berichts der Rechnungsprüfer/innen;
2. die Entlastung der Vorstandsmitglieder;
3. die Wahl des Vorstandes und die Besetzung der Vorstandsposten;
4. die Festsetzung der Beiträge, die für korporative Mitglieder höher sein sollen als für die anderen Mitglieder;
5. die Bestellung von zwei Rechnungsprüfern/Rechnungsprüferinnen;
6. die Stellungnahme zu grundsätzlichen Fragen des Agrarrechts, die der Vorstand der Mitgliederversammlung vorlegt;
7. die Änderung der Satzung;
8. die Auflösung des Vereins.

(3) Für die in Absatz 2 Nrn. 1 bis 5 bezeichneten Aufgaben ist nur die ordentliche Mitgliederversammlung zuständig; die in Absatz 2 Nrn. 6 bis 8 bezeichneten Aufgaben können auch Gegenstand einer außerordentlichen Mitgliederversammlung sein.

(4) Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand schriftlich unter Einhaltung einer Frist von drei Wochen einzuberufen. Die Frist beginnt mit der Absendung der Einladung an die letzte bekannte Mitgliederanschrift. Die Einberufung der Versammlung muss den Gegenstand der Beschlussfassung bezeichnen. Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der/die Versammlungsleiter/in hat sodann zu Beginn der Versammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung.

(5) Die Mitgliederversammlung entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder; bei Berechnung der Mehrheit werden Stimmenthaltungen nicht gezählt. Beschlüsse über Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins bedürfen einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln.

(6) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig. Zur Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins ist die Anwesenheit der Hälfte der Vereinsmitglieder erforderlich. Ist die Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig, so ist vor Ablauf von vier Wochen seit dem Versammlungstag eine weitere Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die weitere Versammlung hat frühestens zwei Monate, spätestens vier Monate nach dem ersten Versammlungstag stattzufinden. Die neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Einladung zu jener Versammlung muss einen Hinweis auf die erleichterte Beschlussfähigkeit enthalten.

(7) Die rechtsgeschäftliche Bevollmächtigung Dritter zur Wahrnehmung von Mitgliederrechten natürlicher Personen auf der Mitgliederversammlung ist ausgeschlossen. Eine gesetzliche oder organschaftliche Vertretung sind davon nicht erfasst.

(8) Über die in der Versammlung gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen; § 8 Abs. 4 gilt entsprechend. Die Niederschrift ist von dem/der Vorsitzenden der Versammlung und dem/der Schriftführerin zu unterschreiben. Wenn mehrere Vorsitzende tätig waren, unterzeichnet der/die letzte Versammlungsleiter/in die ganze Niederschrift. Jedes Mitglied ist berechtigt, die Niederschrift einzusehen.

§ 12

Ehrenamtliche Tätigkeit

- (1) Die Tätigkeit in den Organen und in den Ausschüssen des Vereins ist ehrenamtlich.
- (2) Reisekosten können in sinngemäßer Anwendung der im öffentlichen Dienst geltenden Vorschriften erstattet werden; das Nähere beschließt der Vorstand.

§ 13

Auflösung

- (1) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Universität Göttingen, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke – der Förderung von Wissenschaft und Forschung innerhalb ihres Instituts für Landwirtschaftsrecht – zu verwenden hat.
- (2) Wird der Verein aufgelöst, so führen zwei von der Mitgliederversammlung mit Stimmenmehrheit zu wählende Liquidatoren/Liquidatorinnen die Liquidation durch.